

Stand: 11.05.2025 10:23:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/3703

"Sichere Städte statt sicherer Häfen II: Unterstützung für kriminelle Schleuser und Schlepper unverzüglich beenden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/3703 vom 24.09.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/5186 des HA vom 26.11.2019
3. Beschluss des Plenums 18/5431 vom 11.12.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 36 vom 11.12.2019



Antrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Sichere Städte statt sicherer Häfen II: Unterstützung für kriminelle Schleuser und Schlepper unverzüglich beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sogenannten Nichtregierungsorganisationen, die sich durch den Betrieb vorgeblicher Rettungsschiffe und durch die nachgewiesenen Absprachen mit den nordafrikanischen Schleppern als Vereine der organisierten Kriminalität zu erkennen geben, die Gemeinnützigkeit abzuerkennen,
2. jede Zusammenarbeit mit privaten und kirchlichen Akteuren einzustellen, die sich an der illegalen Einschleusung von Migranten nach Deutschland beteiligen.

Begründung:

Die vom Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer (CSU), angekündigte Aufnahme eines Viertels aller im Mittelmeer aus „Seenot“ aufgegriffenen „Bootsflüchtlinge“ durch Deutschland führt zu einem Anstieg der Migrationsströme. Kritisch zu sehen sind sowohl die Höhe als auch die fehlende zeitliche Befristung dieser Maßnahme. Durch diese Absprache auf europäischer Ebene werden auch alle diejenigen nach Deutschland gebracht, die nach der Rechtslage keinen Anspruch auf Asyl in Deutschland haben.

Die Zahlen der letzten Monate weisen darauf hin, dass sich wieder mehr Menschen ohne „Bleibeperspektive“ auf den Weg nach Europa und damit vorrangig nach Deutschland machen. Auch entlang der Balkanroute ist zu erkennen, dass der Migrationsdruck wieder ansteigt. Aufnahmeversprechen verleiten Menschen dazu, sich in Lebensgefahr zu begeben. Darüber hinaus verschärft sich durch die weiterhin unkontrollierte Zuwanderung die Situation auch in bayerischen Städten und Gemeinden. Durch die hohen Einwanderungszahlen ist die bayerische Identität in Gefahr, vor allem aber verschärft sich mit jedem weiteren Tag des fortgesetzten Rechtsbruchs die Sicherheitslage für Zugezogene und schon länger hier lebende Deutsche.

Aus diesem Grund ist es zu verurteilen, dass sich Städte und Gemeinden in Bayern dazu bekennen, mehr illegal nach Deutschland verbrachte Einwanderer auf Dauer aufnehmen zu wollen. Diese Aktionen untergraben den Rechtsstaat; außerdem setzen sie ein falsches Zeichen für Menschen in Afrika und anderswo. Diese Menschen werden durch derartige Ankündigungen und unregelmäßige Quotierungen dazu verleitet, ihre Heimatländer zu verlassen, wo sie dringend gebraucht werden. Die Kosten für die wohlfeilen Versprechungen werden dann allen Steuerzahlern aufgebürdet.

Moralisch zu verurteilen sind die sogenannten Nichtregierungsorganisationen und Kirchen, die sich durch den Betrieb von angeblichen Rettungsschiffen und durch die nachgewiesenen Absprachen mit den nordafrikanischen Schleppern als Vereine der organisierten Kriminalität zu erkennen geben. Es ist nicht vertretbar, dass die an der illegalen Schleppertätigkeit beteiligten Nichtregierungsorganisationen weiterhin den Status der Gemeinnützigkeit genießen. Im Sinne einer stringenten Rechtspolitik ist jede staatliche Zusammenarbeit mit allen kirchlichen und privaten Akteuren einzustellen, die sich durch ihre illegale Migrationshilfe an der Destabilisierung Deutschlands schuldig machen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und
Fraktion (AfD)**
Drs. 18/3703

**Sichere Städte statt sicherer Häfen II:
Unterstützung für kriminelle Schleuser und Schlepper unverzüglich beenden**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Ferdinand Mang**
Mitberichterstatter: **Gerald Pittner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 16. Oktober 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 14. November 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 26. November 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier

Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/3703, 18/5186

**Sichere Städte statt sicherer Häfen II:
Unterstützung für kriminelle Schleuser und Schlepper unverzüglich beenden**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Böhm

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Ernst Weidenbusch

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Gerald Pittner

Abg. Ulrich Singer

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)

Sichere Städte statt sicherer Häfen II:

Unterstützung für kriminelle Schleuser und Schlepper unverzüglich beenden

(Drs. 18/3703)

Ich eröffne die Aussprache. Gesamtredezeit: 32 Minuten. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Böhm von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! NGOs sind in erster Linie eines: Interessenverbände, die nicht durch ein öffentliches Mandat legitimiert sind. Wenn die sich der CO₂-Hysterie widmen und mit ihrem Einfluss Bürger in immer höhere Energiepreise zwingen, dann ist das zwar lästig; aber grüne Hybris hat kurze Halbwertszeiten.

Wenn sich in diesen NGOs aber Menschen organisieren, weil sie es lieben, mit ihrem blinden Aktionismus unserem Sozialstaat über Jahrzehnte Milliarden an Lasten aufzubürden, und dabei auch noch von "gemeinsamen Werten" schwafeln, dann ist das eben nicht mehr gemeinnützig, sondern unserem Gemeinwohl abträglich.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Wenn es gar deren Ziel ist, Hand in Hand mit den Staatskirchen und auf dem Altar der EU unsere tausendjährige christliche Hochkultur in einen multikulturellen Einheitsbrei einzurühren, dann ist das gemein und nutzlos.

Das Bayerische Integrationsgesetz trägt in vielen Bereichen unseren Gedanken Rechnung. Es spricht von einer tiefen Verwurzelung unserer Gesellschaft in die Werte und

Traditionen des gemeinsamen christlichen Abendlandes und betont dabei den Gedanken der Leitkultur. Die Gedankenwelt vieler NGOs richtet sich allzu oft gegen Staatsgebiet, gegen Staatsvolk und besonders gegen Staatsgewalt, also gegen die drei konstituierenden Merkmale unseres Rechtsstaates. Wem der Sinn für die Merkmale unserer Rechtsstaatlichkeit fehlt und wer Rettung dazu missbraucht, Migration von Menschen zu erleichtern, die sich dann hier in Teilen frauenfeindlich und leider auch offen antisemitisch verhalten, dem ist die Gemeinnützigkeit abzuerkennen.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Grüne, Linke und Kirchen ein Herz für Menschen und nicht für ihre eigenen Institutionen hätten, dann würden sie Gerettete in nordafrikanischen Häfen anlanden und dort für deren Wohl sorgen. Setzen Sie sich für weniger Dumpingexporte von Lebensmitteln nach Afrika ein! Kümmern Sie sich um adäquate Lebensverhältnisse dort! Sorgen Sie gemeinsam mit uns Demokraten dafür, dass unser Sozialsystem kein großes Gummiseil mehr ist, das die Welt anzieht, aber die eigenen Bürger durchhängen lässt.

(Beifall bei der AfD)

Jeder unserer Bürger hat die Pflicht, das Gesetz zu achten. Unsere Exekutive ist dafür da, deutsches Recht durchzusetzen. Wenn aber unser Weltbild von Kulturmarxisten und Heimathenkern bestimmt wird, dann geht die Erkenntnis verloren, dass wir nur von sicheren Herkunftsstaaten umgeben sind.

Die mit dem Privileg der Gemeinnützigkeit ausgestatten NGOs befördern dieses Weltbild, das unseren Sozialstaat erodieren lässt, die Wohnungsnot befeuert und die innere Sicherheit untergräbt. "Sichere Häfen" wollen manche Städte sein. Wie zynisch für viele Frauen, Töchter, Polizisten – und leider auch Feuerwehrleute. Alle Stadtväter, die so naiv denken, sollten wissen: Das Trojanische Pferd steht schon auf eurem Marktplatz. Stimmen Sie unserem Antrag zu! – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Ernst Weidenbusch von der CSU-Fraktion auf.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! – Was habt ihr euch denn bei diesem Antrag gedacht? Ihr schreibt: Die deutschen Kirchen geben sich als Vereine der organisierten Kriminalität zu erkennen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Heimathenker hat er gesagt!)

Ihr wollt euch als die Bewahrer des christlichen Abendlandes aufspielen, dabei habt Ihr das christliche Abendland gar nicht kapiert.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Was wollt ihr der Kirche vorwerfen? Habt ihr das irgendwie verstanden? – Abraham ist in euren Augen wohl ein Wirtschaftsflüchtling. Es gab eine Hungersnot; deswegen ist er nach Kanaan gegangen. Der nächste Wirtschaftsflüchtling war Isaak. Er ist nach Gerar gegangen – alles nur wegen Hungers. Wie geht es dann weiter? – Dann kommen David, Jakob und Moses – politisch Verfolgte, die geflüchtet sind, weil sie vom Tod bedroht waren.

Die absolute Krönung ist aber, dass ihr in der letzten Sitzung vor Weihnachten einen solchen Antrag hochzieht. Hat sich von euch schon einmal jemand überlegt, dass Jesus auch nichts anderes als ein Flüchtling war, und zwar schon als Kind? Ihr feiert am 24. Dezember abends Weihnachten, die Geburt Christi, kapiert aber nicht, dass das ganze Christentum eine einzige Geschichte von Flucht und Flüchtlingen ist. Josef und Maria haben Jesus gepackt und mitgenommen, weil Herodes alle Kinder unter zwei Jahren umbringen lassen wollte. – Flüchtlinge. Gott sei Dank sind sie positiv aufgenommen worden.

Dieser Organisation wollt ihr vorwerfen, dass sie sich um Flüchtlinge kümmert, und nennt sie einen Verein organisierter Kriminalität. Das ist doch lächerlich. Das muss Euch doch auffallen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Ich weiß nicht, welches christliche Abendland ihr verteidigen wollt – unseres nicht!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Ganz abgesehen davon wäre es gut, wenn man sich damit ein bisschen beschäftigen würde: Christliches Abendland setzt christliches Menschenbild voraus, und christliches Menschenbild ist im Wesentlichen die Anerkennung der Gottesebenbildlichkeit jedes Menschen. Das ist total einfach, wenn ich verliebt bin; dann ist der oder die andere Gottes Ebenbild. Wenn er oder sie ständig anderer Meinung ist, wird es schon schwieriger. Haben Sie sich aber schon einmal überlegt, dass es richtig extrem wird, wenn Sie einen Kinderschänder auch in seiner Gottesebenbildlichkeit anerkennen müssen, wie dies das christliche Menschenbild macht, wie dies die christliche Kirche macht? Und dann zeitigt man sich einer anderen Wortwahl als Sie gerade.

Über den Pull-Faktor der Seenotrettungsschiffe im Mittelmeer kann man durchaus reden, aber auf der Basis seriöser Wortwahl, seriöser Anträge, nicht aber auf der Basis dessen, was Sie heute geliefert haben. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Rednerpult.

Martin Böhm (AfD): Sehr verehrter Kollege, Sie scheinen mir äußerst bibelfest zu sein. Können Sie mit kurzen Worten erklären, wie Sie dazu stehen, dass die Fürsten der von Ihnen gelobten Kirchen bei einem Besuch von Moscheen ihre Kreuze ablegen? – Danke.

Ernst Weidenbusch (CSU): Schreiben Sie einen ordentlichen Antrag mit einer seriösen Wortwahl auf der Basis von sachlicher Diskussion,

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Antworten Sie!)

dann bekommen Sie von mir eine Antwort. Ich habe es Ihnen gesagt:

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Antworten!)

Man kann durchaus darüber reden, wie man seine Religion verteidigt und was Seenotrettung ist und was nicht, wie sich bestimmte Dinge auswirken. Allerdings müssten Sie dann in Ihre Argumentation auch einblenden, dass Sie aufgrund der Seenotrettungskonvention, die alle unterschrieben haben, niemand nach Libyen zurückbringen dürfen. Ich bin bereit, mit Ihnen über all das zu diskutieren, aber nicht auf einer dermaßen vergifteten Grundlage wie Ihrem Antrag. Seien Sie mir nicht böse.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Die Frage beantworten!)

Würde ich Ihnen in der Sache antworten, gäbe ich Ihnen noch recht, dass Sie so etwas hier schriftlich einreichen.

(Beifall bei der CSU und der FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Gülseren Demirel vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr verehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich meinem Vorredner anschließen. Nur zwei Aspekte: Erstens zum Trojanischen Pferd. – Da sitzen einige hier im Parlament.

(Martin Böhm (AfD): Auf der anderen Seite!)

Zweitens. Ich hätte mir nie vorstellen können, dass ich bei diesem Thema der CSU zustimme und Beifall klatsche. Vielen Dank, Kollege Weidenbusch; ich schließe mich dem an. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Gerald Pittner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER den Ausführungen des Kollegen Weidenbusch vollumfänglich anschließen und noch eines hinzufügen: Überlegt euch einmal, wie die Krippe aussehen würde, wenn wir diesem Antrag zustimmen würden. Mehr gibt es dazu eigentlich nicht zu sagen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe den Abgeordneten Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion auf.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag gibt uns Anlass, uns zu bedanken für die großartige Arbeit der Seenotretter, der vielen Helferkreise, der vielen Ehrenamtlichen, die im Bereich der Humanität und im Bereich der Mitmenschlichkeit unterwegs sind, gibt uns Anlass, uns bei den Kommunen und bei den Kirchengemeinden zu bedanken, die bei uns im Freistaat Bayern viel für die Integration tun. Sie leisten sehr wertvolle Arbeit im Zeichen der Humanität, im Zeichen der Mitmenschlichkeit. Dieser Dank gebührt ihnen allen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Redezeit wird leider nicht ausreichen, alle Lügen und Unwahrhaftigkeiten im schriftlichen Antrag der AfD zu konterkarieren. Ich gebe mir Mühe, wenigstens einige davon zumindest so zurechtzurücken, dass allen klar wird, um was es geht.

Lüge Nummer eins befindet sich gleich im ersten Absatz. Dort heißt es, es gäbe nachgewiesene Absprachen der Leitung der Rettungsschiffe im Mittelmeer mit nordafrikanischen Schleppern. – Es gibt keine einzige nachgewiesene Absprache. Es fand kein einziger Prozess statt. Es gab keine einzige Anklage, und es gab erst recht keine einzige Verurteilung. Sie behaupten hier schlicht eine Unwahrheit. Da ich selbst in diesem Sommer auf einem Rettungsschiff der Mission Lifeline unter Kapitän Claus-Peter Reisch unterwegs war, kann ich aus meiner Erfahrung unmittelbar vor Ort sagen und bekräftigen, dass es diese Absprachen nicht gibt. Diese Seenotretter zu kriminalisieren und in die Nähe von Schleppern zu rücken, ist ein absolutes Unding. Das ist eine Unwahrheit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unwahrheit Nummer zwei: Sie werfen Bundesinnenminister Horst Seehofer vor, er habe in seinem Vertrag mit Malta, Italien und Frankreich nicht beachtet, dass eine zeitliche Befristung fehlt. – Das ist falsch. Er hat gesagt, dass Deutschland 25 % der Bootsflüchtlinge aus dem Mittelmeer – übrigens nur einige Hundert – unter bestimmten Bedingungen aufnehmen würde. Der Vertrag ist auf sechs Monate begrenzt. Sie müssten das wissen, oder Sie lügen ganz bewusst, um Ihrer politischen Ideologie entsprechend Vorschub zu leisten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Lüge Nummer drei: Sie sagen, dass diejenigen Menschen, die nach Deutschland kommen, nach der Rechtslage keinen Anspruch auf Asyl in Deutschland hätten. – Woher wollen Sie das eigentlich wissen? – Nach der Rechtslage ist es ja so, dass das Asylverfahren erst in Deutschland stattfindet und wir heute nicht wissen, wer tatsächlich einen Asylanspruch hat und wer nicht. Die Statistiken sagen uns, dass über 40 %

der Flüchtlinge tatsächlich diesen Anspruch haben. Sie stellen einfach in den Raum, dies seien alles illegale Migranten. Das ist Lüge Nummer drei.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Lüge Nummer vier: Sie behaupten, dass sich wieder vermehrt Menschen auf den Weg nach Europa machen. – Falsch! Richtig ist, dass die Zahl der Flüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Europa gekommen sind, seit 2015 jedes Jahr gesunken ist. 2016 waren es weniger als 2015, 2017 weniger als 2016, 2018 weniger als 2017, und 2019 waren es weniger als 2018. Die Zahlen sind stark rückläufig. Das zu Lüge Nummer vier.

Lüge Nummer fünf: Sie behaupten, dass es einen Pull-Effekt gebe. Das nenne ich jetzt einmal eine Unwahrhaftigkeit, weil ich bei Herrn Weidenbusch bin – darüber kann man tatsächlich diskutieren. Nur gibt es dazu wissenschaftliche Studien, die alle eindeutig sind, etwa Studien des Italian Institute for International Political Studies, der Universität Oxford, der Scuola Normale Superiore in Florenz. Sie alle sagen, es gebe keinen Zusammenhang zwischen Flüchtlingsschiffen auf dem Mittelmeer und der Zahl der Migranten, die sich auf den Weg machen. Es gibt diesen Pull-Effekt nicht.

So könnte ich das noch weiter fortsetzen. Es gibt fast keinen Satz, der richtig ist. Die Unwahrhaftigkeit und die politikstrategische Lüge findet nicht nur in den sozialen Netzwerken statt, sondern hat mit dem Einzug der AfD in den Bayerischen Landtag bedauerlicherweise auch im Parlament Einzug gehalten.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und der FDP)

Sie zeichnen ein unwürdiges Sittengemälde des Hasses. Dieses Sittengemälde des Hasses fällt auf Sie selbst zurück.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Rinderspacher, bitte noch einmal ans Rednerpult. – Die Zwischenbemerkung kam rechtzeitig. Deshalb erteile ich der AfD-Fraktion das Wort.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege Rinderspacher, das deutsche Grundgesetz sagt in Artikel 16a ganz klar, dass nur politisch Verfolgte ein Recht auf Asyl haben. In Absatz 2 spricht es sich ganz klar dahin gehend aus, dass dieses Recht nicht für Menschen gilt, die aus einem sicheren Drittstaat hier einreisen, insbesondere aus der EU.

Können Sie mir bitte erklären, wieso diese Menschen hier dann trotzdem überhaupt Asyl beantragen können und wieso sie teilweise Asyl gewährt bekommen? Diese Frage konnte mir bisher nicht zutreffend oder nachvollziehbar beantwortet werden. Ich meine, auch der ehemalige Ministerpräsident Seehofer hat in diesem Zusammenhang von einer "Herrschaft des Unrechts" gesprochen.

(Beifall bei der AfD)

Markus Rinderspacher (SPD): Der ehemalige Ministerpräsident und jetzige Bundesinnenminister Horst Seehofer hat allerdings einen Vertrag abgeschlossen, wonach sich die Bundesrepublik Deutschland zur Entlastung von Italien und Malta, insbesondere dieser beiden Mittelmeerländer, verpflichtet, bis zu 25 % der Flüchtlinge innerhalb von vier Wochen aufzunehmen. Der Vertrag soll sechs Monate gelten, mit der Maßgabe, dass das Asylverfahren eben nicht in Malta, sondern in Deutschland durchgeführt wird.

Ob das Asylverfahren am Ende positiv oder negativ beschieden wird, wissen weder Sie noch ich. Aber es ist doch ganz selbstverständlich rechtlich völlig klar, dass die Bundesrepublik diesen Vertrag mit Malta, mit Frankreich und mit Italien schließen durfte.

So gesehen werfen Sie hier mit Nebelkerzen, um die Leute in die Irre zu führen. Es geht um die Rechtsstaatlichkeit. Diese hat der Bundesinnenminister eingehalten. Das

sollten auch Sie zur Kenntnis nehmen und nicht in jedem zweiten Satz mit Unwahrhaftigkeiten die Leute in die Irre führen, nur damit Sie hier Ihre rechtspopulistische Propaganda verbreiten können. Der Bayerische Landtag ist der falsche Ort dafür.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Ausschuss ist das schon ausführlich diskutiert worden. Einer solchen Polemik gegen die Seenotrettungsdienste kann man eigentlich nur massiv widersprechen. Außerdem, muss ich sagen, hätte ich nie geglaubt, dass ich einmal hier vorne stehe und für die Kirchen spreche.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU)

Aber was Sie sich hier geleistet haben, geht wirklich nicht.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Damit ist die Aussprache geschlossen. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Wer enthält sich der Stimme? – Keine Stimmenthaltung. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.